

Stand: 29.03.2024 01:20:03

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/7961

"Kein Sonderopfer für die bayerischen Beamtinnen und Beamten - deshalb zeit- und inhaltsgleiche Übernahme des Tarifergebnisses für die Beschäftigten der Länder vom 11. März"

Vorgangsverlauf:

1. Dringlichkeitsantrag 16/7961 vom 17.03.2011
2. Beschluss des Plenums 16/8022 vom 17.03.2011
3. Plenarprotokoll Nr. 70 vom 17.03.2011

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Christa Naaß, Volkmar Halbleib, Stefan Schuster, Dr. Thomas Beyer, Susann Biedefeld, Martin Güll, Harald Güller, Natascha Kohnen, Franz Maget, Florian Ritter, Diana Stachowitz, Reinhold Strobl, Dr. Simone Strohmayer, Johanna Werner-Muggendorfer und Fraktion (SPD)**

Kein Sonderopfer für die bayerischen Beamtinnen und Beamten – deshalb zeit- und inhaltsgleiche Übernahme des Tarifergebnisses für die Beschäftigten der Länder vom 11. März

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, den aktuellen Tarifabschluss TV-L (Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder) für die bayerischen Beamtinnen und Beamten zeit- und inhaltsgleich zu übernehmen und somit auf das geplante Sonderopfer einer Nullrunde zu verzichten.

Begründung:

Die Staatsregierung will die Beschäftigten des Freistaats in den Jahren 2011 und 2012 mit Kürzungen in einer Größenordnung von deutlich über 900 Millionen Euro belasten. Dazu gehören eine zwölfmonatige Wiederbesetzungssperre, die Absenkung der Eingangsbesoldung, Absenkung der Wegstreckenentschädigung, Aussetzung der Leistungsbezüge, Streichung der Jubiläumswendung, Aussetzung der Zuführung zum Versorgungsfonds, Aussetzung der staatlichen Zuführung zur Versorgungsrücklage und die Nullrunde als Sonderopfer der Beamtinnen und Beamten. Diese Kürzungen gefährden aus Sicht der SPD-Landtagsfraktion die Personalgewinnung und damit langfristig die Funktionsfähigkeit des öffentlichen Dienstes.

Der am 11. März in Potsdam gefundene Verhandlungs-Kompromiss bei den Tarifbeschäftigten ist speziell angesichts des Konjunkturaufschwungs und der steigenden Einnahmen der öffentlichen Haushalte angemessen und vernünftig. Dies darf jedoch nicht nur für die Angestellten gelten, das Ergebnis muss auch für die Beamtinnen und Beamten, Anwärterinnen und Anwärter und Versorgungsempfänger im Freistaat übernommen werden. Gerade der öffentliche Dienst hatte in Bayern in der Vergangenheit gewaltig zurückstecken müssen, deshalb ist eine weitere Benachteiligung der Staatsbediensteten falsch. Auch die Beamtinnen und Beamten, Anwärterinnen und Anwärter und Versorgungsempfänger sollen an der allgemeinen Einkommensentwicklung teilhaben.

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Christa Naaß, Volkmar Halbleib, Stefan Schuster, Dr. Thomas Beyer, Susann Biedefeld, Martin Güll, Harald Güller, Natascha Kohnen, Franz Maget, Florian Ritter, Diana Stachowitz, Reinhold Strobl, Dr. Simone Strohmayer, Johanna Werner-Muggendorfer** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 16/7961

Kein Sonderopfer für die bayerischen Beamtinnen und Beamten – deshalb zeit- und inhaltsgleiche Übernahme des Tarifergebnisses für die Beschäftigten der Länder vom 11. März

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Peter Meyer

Abg. Stefan Schuster

Abg. Hans Herold

Abg. Adi Sprinkart

Abg. Prof. Dr. Georg Barfuß

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Zur gemeinsamen Behandlung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Peter Meyer u. a. und Fraktion (FW)

Attraktiven Staatsdienst sichern, Tarifabschluss im TV-L für die bayerischen Beamten übernehmen (Drs. 16/7948)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Christa Naaß, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)

Kein Sonderopfer für die bayerischen Beamtinnen und Beamten - deshalb zeit- und inhaltsgleiche Übernahme des Tarifergebnisses für die Beschäftigten der Länder vom 11. März (Drs. 16/7961)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist der Kollege Peter Meyer. Bitte schön, Herr Vizepräsident.

Peter Meyer (FW): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieser Dringlichkeitsantrag ist natürlich auch - -

(Zuruf von der CSU: Populistisch!)

- Herr Kollege Nöth, ich würde vorschlagen, dass Sie sich bei den oberfränkischen CSU-Abgeordneten einmal darum kümmern, dass die Stimmkreisreform in geordneten Bahnen verläuft. Lassen Sie mich jetzt zur Sache kommen.

Der Antrag ist auf die Übernahme des Tarifabschlusses gerichtet. Dies bedeutet unter anderem und im Wesentlichen - auf die Details brauchen wir nicht einzugehen - linear 1,5 % ab 01.04. und 1,9 % ab 01.01. Darüber hinaus fordern wir nach wie vor den Verzicht auf die vorgesehenen Sparmaßnahmen im Haushaltsentwurf 2011/2012. Dies betrifft die Wiederbesetzungssperre, die Absenkung der Eingangsbesoldung, die Aussetzung der Leistungsbezahlung und die Streichung bei der Jubiläumsumwendung und den Reisekosten.

Wir alle, auch Sie, betonen die Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft des öffentlichen Dienstes. Dann kommen trotzdem immer wieder diese Nackenschläge. Politik nach Gutsherrenart hat mittlerweile bei der CSU eine besondere Geschichte. Herr Staatsminister, wenn ich den Bericht aus dem Kabinett in dieser Woche betrachte, dann muss ich sagen: Mit Verlaub, Herr Staatsminister, das ist unter Ihrem Niveau. Wir sind von Ihnen Besseres gewohnt.

Ich gehe jetzt diesen Katalog durch, mit dem Sie begründen, warum der Tarifabschluss nicht übernommen werden kann. Sie sagen zunächst: Wir haben uns im Haushaltsgesetzentwurf auf eine Nullrunde festgelegt. Das ist ein gutes Argument. Hierzu fällt mir aus der Verwaltung nur die berühmte Vorschriftensammlung ein: § 1: Das haben wir immer schon so gemacht, § 2: Das haben wir noch nie so gemacht. Hier kommt aber § 3, nämlich: Das ist halt so. Die Begründung: Wir haben uns festgelegt und es geht nicht anders.

Sie sagen weiter: Wir haben für die Beamtinnen und Beamten einiges getan. Dann vergleichen Sie aber bitte einmal das Wesentliche, und zwar nicht die Beamten der einzelnen Länder untereinander. Nehmen Sie den Tarifabschluss. Vergleichen wir einmal die bayerischen Tarifkräfte mit den bayerischen Beamten. Nur so wird ein Schuh hinsichtlich der Gleichbehandlung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Freistaates Bayern daraus, denn um diese Gleichbehandlung geht es.

Stichwort: Jährliche Sonderzahlung. Diese bekommen die Tarifkräfte auch, und zwar von E 1 bis E 8 95 % und E 9 bis E 11 80 %. Die Beamtinnen und Beamten bekommen von A 3 bis A 11 70 %. Das Argument, der Beamte habe es besser, stimmt so einfach nicht.

Fortführung der Altersteilzeit: Das stimmt, diese haben wir - übrigens mit großer Mehrheit - gemeinsam beschlossen, aber zu schlechteren Bedingungen. Es ist nicht so, dass an die Beamten nur noch Wohltaten verteilt worden sind. Interessanterweise finde ich jetzt, jedenfalls nach der Presseerklärung des Bayerischen Beamtenbundes,

eine Öffnungsklausel im Tarifvertrag, dass das auch wieder eingeführt werden kann. Wo also liegt die einseitige Besserbehandlung der Beamten?

Dann die Rückführung der Wochenarbeitszeit: Das ist schon ein starkes Stück. Erstens kommt die Rücknahme erst noch. Das ist also eine Wohltat, die noch gar nicht wirkt. Sie kommt erst 2012 bzw. 2013.

Zweitens ist Ihr Argument schon zynisch. Erinnern wir uns einmal: 1994 wurde die Arbeitszeit verlängert. Wir erinnern uns noch alle daran. Diese Maßnahme war völlig einseitig. Es war ein Erpressungsversuch, denn man hat gemeint, wenn man die Erhöhung der Stundenzahl den Beamten einseitig aufs Brot schmiert, müssen die Tarifparteien nachziehen. Die Tarifparteien haben Ihnen aber jahrelang etwas gehustet. Deswegen haben wir jetzt seit über 15 Jahren eine Ungleichbehandlung von Beamten und Tarifkräften. Nachdem jetzt ein Ausgleich für die jahrelange Ungleichbehandlung versprochen wurde, wird diese als eine Wohltat dargestellt, nach dem Motto: Wir tun euch doch Gutes. Entschuldigung, das glaubt Ihnen keiner mehr im öffentlichen Dienst.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Können Sie das einmal wiederholen?)

- Ich kann es wiederholen, Herr Kollege. Erst senkt man das Niveau völlig systemwidrig und einseitig ab. Wenn man es dann wieder schrittweise erhöht, sind es Wohltaten, für die man gelobt werden möchte.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das ist aber die CSU!)

- Das sage ich doch.

Jetzt kommt die Krönung, und das ist eine der Begründungen dafür, dass der Tarifabschluss nicht übernommen werden kann. Den Beamtinnen und Beamten geht es angeblich besser, denn es gibt die leistungsorientierte Verbesserung. Die wollen Sie aber mit dem Haushaltsgesetz aussetzen.

(Eduard Nöth (CSU): Die sind doch schon vollzogen! - Christa Naaß (SPD): Von wegen!)

- Sie wollen die leistungsorientierten Verbesserungen mit dem Haushaltsgesetz aussetzen.

Zur Forderung nach Übernahme des Tarifabschlusses kommt nach wie vor unsere Forderung: Stoppen Sie die Sparmaßnahmen im Haushaltsgesetz. Darüber haben wir im Hause schon mehrfach diskutiert.

Es bleibt dabei: Warum wollen Sie den Beamtinnen und Beamten ein Sonderopfer auferlegen? Das kapiere ich nicht. Die Tarifkräfte werden doch auch nicht besser behandelt. Diese 1,5 % bzw. 1,9 % sind im Ergebnis auch nur ein Inflationsausgleich. Warum verweigern Sie diese Tarifierhöhung den Beamtinnen und Beamten? Für diese Sonderbehandlung gibt es keinen Grund. Sie sagen, im Tarifbereich müsse Planungssicherheit bestehen. Das ist auch wieder eine Ungeheuerlichkeit gegenüber den Beamten. Sie sagen, mit der Vereinbarung der 1,5 % bzw. 1,9 % hätten Sie als Arbeitgeber für die nächsten zwei Jahre Planungssicherheit, weil Sie zwei Jahre lang keinen Streik haben. Das ist richtig. Die Beamtinnen und Beamten, die nicht streiken dürfen, müssen dafür teuer bezahlen. Nachdem sie nicht streiken dürfen, wird ihnen der Tarifabschluss verweigert. Das ist willkürlich. Sie behandeln die Beamtinnen und Beamten als Manövriermasse. Das finde ich nicht in Ordnung.

Ich bitte daher um Zustimmung zu unserem Antrag. Der SPD-Antrag ist inhaltlich gleich, ihm werden wir selbstverständlich auch zustimmen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort gebe, möchte ich darauf hinweisen, dass zum Dringlichkeitsantrag der Freien Wähler namentliche Abstimmung beantragt worden ist.

Jetzt hat Kollege Stefan Schuster das Wort.

Stefan Schuster (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Staatsregierung will die Beschäftigten des Freistaates in den Jahren 2011 und 2012 mit Kürzungen in einer Größenordnung von deutlich über 900 Millionen Euro belasten. Dazu gehören eine zwölfmonatige Wiederbesetzungssperre, die Absenkung der Eingangsbesoldung, die Absenkung der Wegstreckenentschädigung, die Aussetzung der Leistungsbezüge, die Streichung der Jubiläumszuwendung, die Aussetzung der Zuführung zum Versorgungsfonds, die Aussetzung der staatlichen Zuführung zur Versorgungsrücklage und die Nullrunde als Sonderopfer für die Beamtinnen und Beamten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist nicht nur eine Sparorgie. Ich glaube auch, dass wir damit die Zukunft des öffentlichen Dienstes gefährden, soweit es die Personalgewinnung betrifft.

(Beifall bei der SPD)

Auf uns kommen jetzt die geburtenschwachen Jahrgänge zu. Man kann es an der Statistik erkennen. Wir werden um die besten Köpfe im Land kämpfen müssen. Wenn Sie sich mit Vertretern der IHK oder der Handwerkskammern unterhalten, sagen Ihnen diese, sie würden dieses Problem über die Finanzen regeln. Was machen die CSU-Fraktion, die FDP-Fraktion und die Staatsregierung? Sie senken die Eingangsbesoldung ab und setzen damit ein Zeichen dafür, was mit jungen Menschen passiert, die in den öffentlichen Dienst eintreten.

Wir waren vor zwei Tagen mit dem Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes bei der Berufsfeuerwehr München. Dort wurden wir dringend gebeten zuzustimmen, dass die Kommunen in Zukunft Dienstanfänger im Beschäftigtenverhältnis anstellen dürfen, weil sie sie dann besser bezahlen können, weil sie für die Feuerwehren aus den technischen Berufen keinen geeigneten Nachwuchs mehr bekommen. In den technischen Berufen auf Landesebene sieht es ganz genauso aus. Es fängt zu brennen an, und wir machen genau den Fehler, noch Benzin ins Feuer zu gießen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der am 11. März in Potsdam gefundene Verhandlungskompromiss für die Tarifbeschäftigten ist angesichts des Konjunkturaufschwungs und der steigenden Einnahmen der öffentlichen Haushalte angemessen und vernünftig. Dies darf jedoch nicht nur für die Angestellten gelten. Das Ergebnis muss auch für die Beamtinnen und Beamten, die Anwärterinnen und Anwärter und für die Versorgungsempfänger im Freistaat übernommen werden. Gerade der öffentliche Dienst hat in Bayern in der Vergangenheit - Kollege Meyer hat es schon ausgeführt - gewaltig zurückstecken müssen. Deshalb ist eine weitere Benachteiligung der Staatsbediensteten falsch. Auch die Beamtinnen und Beamten, die Anwärterinnen und Anwärter und die Versorgungsempfänger sollen an der allgemeinen Einkommensentwicklung teilhaben. Natürlich kostet diese Erhöhung Geld. Das Finanzministerium hat ausgerechnet, dass eine Zurücknahme der Nullrunde 260 Millionen Euro kosten würde. Dann wird von Ihnen als Totschlagsargument immer auf den ausgeglichenen Haushalt hingewiesen, weswegen man sich das nicht leisten könne.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir können uns das schon leisten, wenn Sie keine verfehlte Politik betrieben hätten und betreiben würden.

(Beifall bei der SPD)

Ich muss mir nur anschauen, welche Zinsen wir wegen des Landesbankdesasters bezahlen müssen. 700 Millionen Euro kann man ungefähr mit dem Betrag vergleichen, den wir jetzt bei den Beamtinnen und Beamten streichen. Man könnte somit auch sagen: Unsere Beamtinnen und Beamten im öffentlichen Dienst müssen für das Landesbankdesaster zahlen.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD-Landtagsfraktion hat zum Doppelhaushalt beantragt, 500 Stellen für Steuerfahnder, Betriebsprüfer und Beschäftigte in der Umsatzsteuersonderprüfung einzustellen. Dieser Antrag wurde jetzt im Haushaltsausschuss abgelehnt. Damit verzichtet der Freistaat Bayern auf Steuereinnahmen in Höhe von 125 Millionen Euro.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Wenn man es sich leisten kann!)

- Ja, wenn man es sich leisten kann!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der dritte Grund dafür, dass jetzt diese Sparorgie über die Beamtinnen und Beamten hereinbricht, ist die Klientelpolitik, die Schwarz-Gelb betreibt. Ich nenne nur das Wachstumsbeschleunigungsgesetz. In diesem Gesetz sind einige Punkte enthalten, unter anderem auch das Hotelsteuerprivileg. Dieses Wachstumsbeschleunigungsgesetz einschließlich der Verbundauswirkungen bedeutet für den Staatshaushalt Mindereinnahmen in Höhe von 520 Millionen Euro im Jahr 2011 und von 554 Millionen Euro im Jahr 2012. Eine Milliarde entgeht uns durch die Klientelpolitik von Schwarz-Gelb. Für die Kommunen betragen die Mindereinnahmen unter Einbeziehung der Verbundauswirkungen rund 600 Millionen Euro. Daran erkennt man, dass Ihnen die Hotelbesitzer und die reiche Erben großer Vermögen wichtiger sind als unsere Beamten, die in allen Bereichen, in der inneren Verwaltung, bei der Polizei oder an den Schulen unseren Staat aufrecht erhalten.

(Beifall bei der SPD)

So geht es nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren. Deshalb fordern wir die Rücknahme der einseitigen Sparmaßnahmen und die Übernahme des Tarifabschlusses auf die Beamtinnen und Beamten.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Freien Wähler)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. Als Nächster hat Kollege Hans Herold das Wort, bitte schön.

Hans Herold (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Diese beiden Anträge sind für mich als Mitglied des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes und als Mitglied des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen natürlich von ganz besonderer Bedeutung, auch deswegen, weil wir auch für die Belange

unserer tüchtigen Beamtinnen und Beamten in Bayern zuständig sind. Ich sage ganz bewusst zu Beginn meiner Ausführungen: Gerade die leistungsorientierte Besoldung unserer Beamtinnen und Beamten ist uns allen sehr, sehr wichtig.

(Christa Naaß (SPD): Das stimmt doch gar nicht!)

Ich kann das auch beweisen. Ich verweise auf die volle Übernahme des guten Tarifabschlusses in den Jahren 2009 und 2010. Das führte zu einer Besoldungserhöhung in Höhe von 3 % im Jahr 2009 und von 1,2 % im Jahr 2010; außerdem gab es den Sockelbetrag von 40 Euro. Ich sage das auch im Wissen um eine Finanz- und Wirtschaftskrise, in der in der Wirtschaft massive Kurzarbeit angesagt war und es in der Wirtschaft keine Lohnerhöhung gab.

Ich sage heute ein ganz besonderes Dankeschön an die tüchtigen Beamtinnen und Beamten des Freistaats Bayern.

(Beifall bei der CSU - Zurufe von der SPD und den Freien Wählern)

Auch wenn Sie es nicht gerne hören, meine Damen und Herren von der Opposition, sage ich doch, dass die beiden Anträge der Freien Wähler und der SPD im Grunde genommen eine Aufforderung an die Staatsregierung sind, Schulden zu machen. Die CSU und die FDP gehen konsequent einen anderen Weg. Bei uns bestimmen die Einnahmen die Ausgaben und nicht, wie bei Ihnen, die Ausgaben die Einnahmen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir sehen die große Verantwortung gegenüber unseren Kindern. Wir lehnen eine Schuldenpolitik strikt ab, welche die Zukunft unserer jungen Generation gefährdet. Wir wollen nicht, dass es in Bayern so abläuft wie in Nordrhein-Westfalen, wo die rot-grüne Landesregierung allein im Haushalt 2011 die unverantwortliche Neuverschuldung in Höhe von circa 8 Milliarden vornehmen wollte.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zurufe von der SPD und den Freien Wählern - Glocke des Präsidenten)

Wir wollen nicht zu einem Bundesland werden, in dem der Haushalt für verfassungswidrig erklärt wird, wie das in Nordrhein-Westfalen der Fall war.

(Zuruf der Abgeordneten Simone Tolle (GRÜNE))

Ich sage noch einmal: Die Besoldung unserer Beamten und die Leistungen an sie sind uns sehr wichtig. Wir haben für unsere tüchtigen Beamtinnen und Beamten bessere Rahmenbedingungen geschaffen als alle anderen Bundesländer. Nennen Sie mir ein Bundesland, in dem das Weihnachtsgeld in der Höhe bezahlt wird wie in Bayern. Nennen Sie mir ein Bundesland, in dem die Altersteilzeit wie in Bayern unbefristet fortgeschrieben wurde. Nennen Sie mir ein Bundesland, in dem ein Dienstrecht mit neuen Aufstiegsmöglichkeiten wie in Bayern eingeführt wurde, ein Dienstrecht, das auch andere Bundesländer gerne übernehmen möchten. Nennen Sie mir ein Bundesland, in dem die Beamten eine höhere Besoldung haben als in Bayern. Es gibt keines in Deutschland. Darauf können wir sehr stolz sein, und das müssen wir unseren tüchtigen Beamtinnen und Beamten immer wieder sagen.

Allein im Doppelhaushalt 2009/2010 haben wir 19.000 Beförderungen vorgenommen. Wir werden auch im Doppelhaushalt 2011/2012 entsprechende Hebungen vornehmen, und wir werden die wöchentliche Arbeitszeit wieder auf 40 Stunden reduzieren. Sie wissen, dass wir für die Bildung sehr viel Geld in die Hand nehmen. Wir werden im Laufe des Doppelhaushalts 2011/2012 sehr viele Lehrer einstellen. Ich verstehe, dass Sie mit Ihren populistischen Anträgen versuchen, Stimmung zu machen; das ist völlig klar.

Das Volumen des Gesamtetats beträgt circa 43 Milliarden Euro. Sie wissen alle, dass die Personalausgaben, die sich auf 17 Milliarden Euro belaufen, den größten Ausgabenblock darstellen. Jeder vernünftig denkende Mensch weiß doch, dass dieser große

Block bei notwendigen Sparmaßnahmen - ich betone: bei notwendigen Sparmaßnahmen - nicht ganz ausgenommen werden kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie haben vorhin die Verlängerung der Wiederbesetzungssperre angesprochen. Das ist eine haushalterische Maßnahme, die nicht unbedingt die Besoldung der Beamten betrifft. Mit intelligenten Personal- und auch organisatorischen Maßnahmen innerhalb der Behörde kann eine Wiederbesetzungssperre gemildert werden. Sie wissen, dass wir gerade bei den Wiederbesetzungssperren sehr viele Ausnahmen machen werden. Liebe Kollegen Meyer und Schuster, Sie haben vorhin einige Dinge angesprochen. Offensichtlich wissen Sie mehr als wir selbst. Sie wissen alle, dass noch einige Diskussionen zu bestimmten Themen stattfinden werden, zum Beispiel über Jubiläumszuwendungen. Deswegen kann ich nicht ganz nachvollziehen, weshalb Sie heute schon derart konkrete Aussagen zu bestimmten Maßnahmen machen.

(Zurufe von der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden die jeweiligen Themen weiterhin ergebnisoffen diskutieren. Ich fordere die SPD ganz bewusst dazu auf: Sorgen Sie dafür, dass die SPD-regierten Bundesländer künftig besser wirtschaften, damit wir in den Länderfinanzausgleich nicht Zahlungen in Höhe von jährlich circa 5 Milliarden Euro leisten müssen; denn dann könnten wir noch wesentlich mehr für unsere tüchtigen Beamtinnen und Beamten tun.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich bitte abschließend unsere Beamten um Verständnis für gewisse Maßnahmen, die einfach unabdingbar sind, und beantrage die Ablehnung der beiden Anträge.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. Als Nächster hat Kollege Adi Sprinkart das Wort, bitte.

Adi Sprinkart (GRÜNE): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Den Worten meiner beiden Vorredner von der SPD und den Freien Wählern brauche ich nicht viel hinzuzufügen. Ich möchte nur auf etwas hinweisen, das mich sehr ärgert. Erstens. Man hat den Beamten und Beamtinnen mit der Dienstrechtsreform das Maul wässrig gemacht, und jetzt werden sie bei den Haushaltsberatungen abgestraft. Zweitens. Herr Kollege Herold, es tut mir leid, dass ich es so sagen muss, aber es ist einfach primitiv, wenn man sagt, dass es automatisch zu einer höheren Neuverschuldung führen würde, wenn wir bei den Beamtinnen und Beamten keine Kürzungen vornehmen würden. Kollege Schuster hat Ihnen explizit vorgerechnet, wo Sie zusätzliche Ausgaben zu verantworten haben. Kein Mensch hat Sie zu einer ermäßigten Mehrwertsteuer für Hotels gezwungen; das haben Sie aus freien Stücken getan.

(Karsten Klein (FDP): Das stand auch bei den GRÜNEN im Wahlprogramm!)

- Das haben wir aber nicht gemacht. Sie haben andere Schwerpunkte gesetzt. Kollege Herold, das kann man tun, daran gibt es keinen Zweifel, aber dann muss man den Beamten draußen auch sagen: Freunde, die Steuervorteile für die Hotellerie sind uns wichtiger als eine gescheite Besoldung unserer Beamtinnen und Beamten. Dann wäre das okay. Wir werden natürlich diesen beiden Anträgen zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. Als Nächster hat das Wort Kollege Professor Georg Barfuß. Bitte schön, Herr Kollege.

Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Sprinkart, mir geht es so ähnlich wie dem Kollegen Herold. Ich bin Mitglied sowohl im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes, wo wir das beschließen, als auch im Finanzausschuss. Wenn ich jedes Mal ein Auge zuhalten würde, würde ich mich leicht tun, weil ich dann wüsste, wie ich abstimmen muss. Noch leichter würde ich mich tun, wenn ich weder in dem

einen noch in dem anderen Ausschuss wäre. Wir sind Mitglieder in beiden Ausschüssen, und deswegen bemühen wir uns um einen fairen Ausgleich.

Nur eines geht nicht, Adi, dass man jetzt versucht, Beamte gegen Hoteliers auszuspielen. Du kommst aus dem Allgäu. Das Allgäu befindet sich in Schwaben auf bayerischem Gebiet. Auf der anderen Seite liegt Österreich - ich nenne die Orte Bregenz und Dornbirn -, und dann kommt Sankt Gallen in der Schweiz. Dann kommt ein Amerikaner, der in dieser Gegend übernachten will. Er hat Zugriff zum Internet, genau wie ihr im Allgäu, und zwar dank unseres Martin Zeil, der das immer dahin bringt.

(Beifall bei der FDP - Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

- Habt ihr denn den ganzen Tag nichts anderes im Kopf, als zu geifern?

(Zurufe von der SPD, den Freien Wählern und den GRÜNEN)

- Also gut, das habt ihr damals hingbracht, als ihr an der Regierung wart, und ich habe das vergessen. - Spaß beiseite.

(Harald Güller (SPD): Eine Märchenstunde machen wir jetzt nicht! Ich habe heute von euch schon mehr Märchen dazu gehört!)

Mir geht es darum, dass Leute, die im Internet nachsehen und keine Ahnung haben, wo Lindau, Dornbirn, Bregenz oder St. Gallen liegen, beim Vergleich unterschiedliche Preise feststellen. Das hat Auswirkungen auf die Wahl des Domizils für ein paar Tage des Aufenthalts, etwa eines Amerikaners, in Europa. Wir haben das nicht zwecks Klientelpolitik gemacht. Außerdem hatten das auch die GRÜNEN, die Linken, die CSU und die FDP im Programm. Wenn es dann schiefgeht, sind wir schuld. Ich weise das zurück.

Ich komme zur Sache. Vergleichen Sie - -

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Professor Dr. Barfuß, lassen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Sprinkart zu? - Bitte schön, Herr Kollege Sprinkart.

Adi Sprinkart (GRÜNE): Herr Kollege Barfuß, nachdem Sie so wunderbare Ausführungen zur Hotellerie gemacht haben, frage ich Sie: Haben Sie im Hotelverzeichnis nachgesehen, wie groß der Unterschied zwischen den Vier-Sterne-Hotels in Lindau und denen in Bregenz ist? Sie werden sehen, dass die Spanne unter den Vier-Sterne-Hotels in Lindau um ein Vielfaches höher ist als der Betrag, den Sie ihnen als Steuer-subvention zukommen haben lassen. Die Unterschiede in den österreichischen Hotels sind genauso. Ein Amerikaner, der die Hotels prüft, wird keinen Unterschied wegen der Mehrwertsteuer feststellen. Das können Sie im Kindergarten erzählen, nicht aber hier.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Barfuß, bitte.

Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): (Vom Redner nicht autorisiert) Ich finde Ihre Aussage interessant. Wenn Sie frei nach Keynes ein Konjunkturprogramm fordern, weil die Nachfrage nicht stimmt, ist das etwas Gutes. Wenn wir die Steuern absenken und versuchen damit die Angebotsseite günstiger zu machen, ist das ein anderer Ansatz.

(Simone Tolle (GRÜNE): Das ist Lobby und kein Konjunkturprogramm! - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

- Hören Sie zu, vielleicht lernen Sie etwas. Ich habe Ihnen auch zugehört.

Von beiden Seiten her kann man Wirtschaftspolitik betreiben. Man sollte nicht sagen, dass das eine richtig und das andere falsch ist. Das sind unterschiedliche Ansätze.

(Markus Rinderspacher (SPD): Warum ausgerechnet Hotellerie?)

Ich bleibe dabei, dass der Kunde auf den Preis schaut.

(Simone Tolle (GRÜNE): Es geht doch um die Beamten!)

- Es geht darum, dass ich es primitiv finde - um Herrn Sprinkart zu zitieren - Beamte gegen Hoteliers auszuspielen. Ich wollte lediglich ein Beispiel sagen, wie das geht.

(Zurufe von den GRÜNEN - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

- Wenn Sie meinen, Sie bringen mich aus dem Konzept, täuschen Sie sich.

Das Zweite ist genauso primitiv. Sie sagen, wir würden falsch finanzieren.

(Peter Meyer (FW) meldet sich zu einer Zwischenfrage)

- Herr Präsident, ich lasse auch diese Zwischenfrage zu.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Barfuß, nun sollte sich das Plenum ein bisschen beruhigen. Dann frage ich den Kollegen Barfuß, ob er eine Zwischenfrage des Kollegen Meyer zulässt.

(Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Meinem Freund Peter Meyer kann ich nichts abschlagen, auch keine Zwischenfrage.)

Dann hat Herr Kollege Meyer das Wort. Bitte, Herr Kollege.

Peter Meyer (FW): Ich bedanke mich. Ich wäre auch mit einer Zwischenbemerkung zufrieden gewesen. Herr Kollege Barfuß, lieber Georg! Du sagtest gerade, man solle die Hoteliers nicht gegen die Beamten ausspielen. Warum werden dann die Beamten gegen die Tarifkräfte ausgespielt? Darauf läuft es hinaus.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Professor Barfuß, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): (Vom Redner nicht autorisiert) Auf ein Haushaltsjahr bezogen, könnte dieser Eindruck tatsächlich entstehen. Die Beamten sind aufgrund des Tarifrechts nicht in der Lage, ihren Lohn neu zu vereinbaren, sondern der Dienstherr legt ihn fest. Deswegen kann man eine zeitliche Verzögerung vornehmen. Jeder, der einem Stadtrat angehört, weiß das. Wir mussten die Angestellten sofort befördern, wenn es einen neuen Tarifvertrag gab, während man bei den Beamten schieben

konnte. Das gilt nur für 2011. Ich gehe davon aus, dass ab 2012 für die Beamten ebenfalls eine Gehaltserhöhung kommen wird. Wie hoch die sein wird, weiß man noch nicht.

Selbst wenn überall außer in Bayern der Tarifvertrag, wie in Potsdam beschlossen, für die Beamten angepasst würde, wäre Bayern bei den Beamtengehältern trotzdem die Nummer 1 in Deutschland. Nur Hamburg könnte mithalten. Auch dieses Argument sollte man hören. Die Anpassungen erfolgen zufälligerweise - oder auch nicht - dort, wo es Wahlen gibt: Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz passen an, weil dort Wahlen sind. Alle anderen Länder nicht. Selbst wenn wir den Tarifabschluss von 2011 berücksichtigen, liegen wir ohne Anpassung in Bayern höher als der Bund. Ein Bundeswehroffizier hat mir erzählt, sie wären froh, wenn sie nach bayerischem Tarif besoldet würden. Aber Bundeswehroffiziere sind, wie der Name schon sagt, Bundesbeamte. Der Gehaltsvorsprung der bayerischen Beamten gegenüber den Bundesbeamten bleibt auch dann bestehen, wenn der Tarifabschluss der Länder auf die bayerischen Beamten nicht übertragen wird.

Wegen der Rückführung der Arbeitszeit hätte ich einen anderen Vorschlag gehabt. Mir wäre lieber gewesen, man hätte jungen Polizeibeamten 50 Euro pro Monat mehr gegeben und es bei 42 Wochenstunden belassen. Kein Mensch stirbt, wenn er 42 Stunden arbeitet. Wie es sich in Hamburg entwickelt, wissen wir nicht. Das werden wir sehr genau beobachten.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Diese Länder haben große Schwierigkeiten.

Das Übertragen des Tarifabschlusses ist kein Verfassungsgebot. In Artikel 33 Absatz 5 des Grundgesetzes heißt es ausdrücklich, dass der Gesetzgeber nicht verpflichtet sei, die Ergebnisse zu übernehmen. Als Haushaltspolitiker haben wir diesen großen Posten. Schauen Sie zum Beispiel die Arbeiterwohlfahrt, die Gewerkschaften, die Kir-

chen oder die Caritas an: Auch die sparen beim Personal. Jeder versucht bei dem Posten zu sparen, den er hat. Das gefällt niemandem, muss aber sein.

Bayern ist das einzige Bundesland, das die Altersteilzeit noch hat. Die anderen Bundesländer haben sie abgeschafft oder sie läuft 2012 aus.

Fazit: Niemandem von uns gefällt es, dass man das machen muss. Aber es ist unter anderem der entscheidende Beitrag in diesem Jahr, denn auch bei den Investitionen wird gespart. Ich glaube, dass das Treueverhältnis zwischen Staat und Beamten impliziert, dass sich die Korrektur, Herr Staatsminister der Finanzen, bei veränderten ökonomischen Daten wieder ändert. Ich glaube, dass sich die Beamten auf die CSU und die FDP verlassen können, dass wir das tun. Ich erlaube mir aber auch den Hinweis, dass ich der einzige Grußwortredner war, der beim Beamtenbund gesagt hat, sie sollten nicht glauben, ungeschoren davonzukommen, während alle anderen den Beamten nach dem Munde geredet haben. Insofern freue ich mich auf die nächste Tagung bei den Beamten, weil ich der einzige war, der sie vorgewarnt hat, dass auch die Beamten einen Beitrag leisten müssen. Abschließend bedanke ich mich bei unseren Beamtinnen und Beamten.

(Harald Güller (SPD): Das ist ein Problem zwischen Ihnen und der CSU, die würden es anders machen!)

- Ihr würdet es machen, weil Ihr nicht an der Regierung seid und es nicht finanzieren müsst. Deshalb könnt Ihr alles fordern. Wir müssen beides machen. Wir müssen versuchen, die Menschen zu bedienen und das Ganze zu finanzieren.

(Harald Güller (SPD): Sie hätten nicht so viel Geld bei der Landesbank versenken sollen!)

- Die SPD hat damals bei der Landesbank genauso gestimmt.

(Zurufe und Widerspruch von der SPD und den GRÜNEN)

Die FDP hat vor 14 Jahren im Bayerischen Landtag einen Antrag gestellt und gefordert, dass die Landesbank nur in Deutschland tätig sein darf. Die CSU, die SPD und die GRÜNEN haben abgelehnt. Tönen Sie heute also nicht so.

(Zuruf von der SPD: Du sollst nicht lügen! - Weitere Zurufe von der SPD)

Zurück zum Thema. Ich kenne kein sozialdemokratisches Land, in dem es den Beamten besser geht als in Bayern und das einen ausgeglichenen Haushalt hat. Jemanden zu bezahlen und Schulden zu machen, das kann jeder. Wir machen das nicht.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt. Ich beginne mit dem Antrag, zu dem keine namentliche Abstimmung beantragt worden ist. Das ist der Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/7961 der SPD-Fraktion. Wer dem seine Zustimmung geben will, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der SPD, der Freien Wähler und des Bündnisses 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Stimmenthaltungen? - Ich sehe keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen zum Dringlichkeitsantrag auf der Drucksache 16/7948 der Fraktion der Freien Wähler. Dazu ist namentliche Abstimmung beantragt worden. Dafür sind drei Minuten vorgesehen. Die Abstimmung ist eröffnet. Ich bitte, bis zur Bekanntgabe des Stimmergebnisses hierzubleiben, weil sonst die Bekanntgabe auf die nächste Sitzung verlegt werden muss. Ich schließe die Sitzung noch nicht. Ich habe die Abstimmung eröffnet. -

(Namentliche Abstimmung von 18.00 bis 18.03 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die drei Minuten Abstimmungszeit sind um. Ich schließe die namentliche Abstimmung und gebe jetzt das Ergebnis von zwei namentlichen Abstimmungen bekannt. Es handelt sich um die namentliche Abstimmung über

den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Rinderspacher, Wörner, Sonnenholzner und anderer und Fraktion (SPD), betreffend "Kernkraftwerk Isar 1 dauerhaft abschalten", Drucksache 16/7941. Mit Ja haben gestimmt 65 Abgeordnete, mit Nein haben gestimmt 86; Stimmenthaltungen keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Nun gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Bause, Dr. Runge, Gote und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), betreffend "Atomkraft abschalten - Energiewende in Bayern", Drucksache 16/7943, bekannt. Mit Ja haben gestimmt 64 Abgeordnete, mit Nein 88, Stimmenthaltungen keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag ebenfalls abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Ich gebe außerdem das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Bause, Dr. Runge, Gote und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), betreffend "Aufweichung der Nulltoleranz bei Saatgut verhindern", Drucksache 16/7946 bekannt. Mit Ja haben gestimmt 65 Abgeordnete, mit Nein 84; Stimmenthaltungen gab es 3. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Wir warten jetzt noch auf das Ergebnis der letzten namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Freien Wähler, dann schließe ich die Sitzung.

(Erwin Huber (CSU): Wir könnten ein Lied singen!)

- Ich glaube, derzeit besteht zu patriotischen Gesängen kein Anlass, obwohl wir in diesem Hause bekanntermaßen Sänger haben.

(Erwin Huber (CSU): Mäßige! - Zuruf von der FDP: Herr Präsident, ich bitte Sie, eine Rüge zu erteilen! - Allgemeine Heiterkeit)

- Ich glaube nicht, dass das eine Beleidigung war.

(Christa Steiger (SPD): Sie könnten die Sitzung schließen und später zur Bekanntgabe wieder eröffnen!)

- Das sind Beiträge zur Erheiterung des Publikums. Ich darf der Ordnung halber darauf hinweisen, um die restlichen Minuten zu füllen, dass der Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/7949 in den zuständigen federführenden Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur verwiesen wird.

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Aiwanger, Schweiger, Meyer und anderer und Fraktion (Freie Wähler), betreffend "Attraktiven Staatsdienst sichern, Tarifabschluss im TV-L für die bayerischen Beamten übernehmen", Drucksache 16/7948 bekannt. Mit Ja haben 56 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 82; Stimmenthaltungen keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Ich bedanke mich bei allen dafür, dass sie noch ausgeharrt haben, schließe die Sitzung und wünsche allen einen schönen Abend.

(Schluss: 18.07 Uhr)

